Wissenschaftlerin kritisiert „politischen Islam“ in Deutschland

5. März 2018

Mainz (KNA) Islamwissenschaftlerlin Schirrmacher kritisiert „politischen Islam“.

Die Bonner Islamwissenschaftlerin Christine Schirrmacher fordert eine schärfere öffentliche Auseinandersetzung mit einem fundamentalistisch ausgerichteten „politischen Islam“ in Deutschland. Wenn dessen Vertreter hierzulande unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit „ein Scharia-Recht durchsetzen“ wollten, müsse dies öffentlich schärfer zurückgewiesen werden, sagte Schirrmacher am Freitag in Mainz. Muslimische „Friedensrichter“ oder informelle Schiedsgerichte innerhalb muslimischer Wohnviertel dürfe es weder in Berlin-Kreuzberg noch im Ruhrgebiet geben.

Hellhörig müsse man auch werden, „wenn liberale oder progressive Stimmen aus der muslimischen Gemeinschaft verfolgt oder unter Druck gesetzt“ würden. Das gelte auch, „wenn Menschen, die nach Deutschland kommen und vom Islam zum Christentum übertreten wollen, bedroht werden“.

Solche Vorfälle würden „bislang zu wenig thematisiert in der Öffentlichkeit“, sagte Schirrmacher bei einer Tagung zu „Islam und Recht“ im rheinland-pfälzischen Landtag. Die Professorin der Islamwissenschaft an der Universität Bonn verwies auch darauf, dass Umfragen zufolge fast 50 Prozent der Muslime in Deutschland die Ansicht verträten, es bestehe ein Konflikt zwischen islamischem Recht und deutschem Recht.

Wenn so viele Menschen hier einen Widerspruch sähen, müsse das nachdenklich machen. Zudem bestehe derzeit die Gefahr, dass Fundamentalisten „gutmeinende Muslime in die Arme von Radikalen treiben“. Schirrmacher fügte hinzu: „Wir müssen uns bewusst sein, dass die islamische Welt sich in einer tiefgreifenden Zerreißprobe, in einer elementaren Krise befindet.“

(KNA – sknkm-89-00108)

Stand: 16. November 2026